

# AGF EuropaNews

**Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2016**



## Inhalt

<b>Nachrichten von COFACE – Families Europe .....</b>	<b>1</b>
COFACE – Families Europe präsentiert Vereinbarkeitspaket bei UN-Tagung .....	1
COFACE – Families Europe zu Digitalisierung und Erziehung .....	1
<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen.....</b>	<b>1</b>
Europäische Kommission legt Arbeitsprogramm für 2017 vor .....	1
Europäisches Parlament: Ausschuss berät über EU-Gleichstellungsbericht .....	1
Kommission zieht Dreijahresbilanz zur Europäischen Jugendgarantie.....	2
Europäische Säule sozialer Rechte: Ausschuss der Regionen fordert Konvergenz auf hohem Niveau .....	2
Arbeitslosigkeit in Europa auf dem niedrigsten Stand seit 2009 .....	2
EWSA fordert neue Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen .....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Niederländische Kinderschutzorganisation formuliert Forderungen an Soziale Säule.....	3
Keine Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen.....	3
Italien: Gericht erkennt Zwei-Mütter-Familie an.....	4
Schweiz will Jugendmedienschutz ausweiten.....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
Europäisches Netzwerk gegen Armut fordert soziale Kriterien für EU-Wachstum .....	4
Eurochild übergibt Empfehlungen an zukünftige maltesische Ratspräsidentschaft .....	4
Europarat: Erste Sitzung des Kinderrechtsausschusses .....	5
Child Protection Index gibt Auskunft über Kinderrechte in Südosteuropa .....	5
Weniger Arbeitszeit bedeutet nicht unbedingt mehr Vereinbarkeit.....	5
Call for papers für Weltkonferenz der International Society of Family Law .....	5
Intergenerationelles Lernen – TOY-Projekt erhält Auszeichnung.....	6
<b>Berichte und Studien.....</b>	<b>6</b>
Eurofound-Studie zur Beschäftigungslücke zwischen den Geschlechtern .....	6
Neue Veröffentlichungen des familiesandsocieties-Netzwerks .....	6
Work-Life-Balance für pflegende Angehörige in Europa .....	6
Bericht zu Unterstützungsleistungen für die häusliche Pflege in EU-Mitgliedstaaten .....	7
OECD-Bericht „Society at a Glance 2016“ – Fokus auf junge Erwachsene .....	7
Bericht über fiskalische Nachhaltigkeit von Gesundheitssystemen in der EU .....	7
FRA-Handbuch zum Handbuch zu den europarechtlichen Grundlagen im Bereich der Rechte des Kindes.....	7
EU-Jahresbericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Einkommen .....	7
Tagungsbericht zur European Population Conference.....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten von COFACE – Families Europe

---

### COFACE – Families Europe präsentiert Vereinbarkeitspaket bei UN-Tagung

COFACE – Families Europe hat auf einer Tagung bei den Vereinten Nationen am 10. Oktober in Genf ihr Europäisches Vereinbarkeitspaket (vgl. EuropaNews [3/2015](#) ) vorgestellt und ist dabei auch auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Vereinbarkeitspolitik eingegangen, insbesondere den jüngsten Bericht des Europäischen Parlaments (vgl. EuropaNews [9/2015](#) ). COFACE – Families Europe machte dabei deutlich, dass ein umfassendes und ehrgeiziges Gesamtpaket aus legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen nötig sei, um den Bedürfnissen von Familien in Europa gerecht zu werden.

### COFACE – Families Europe zu Digitalisierung und Erziehung

Unter der Überschrift „*Digital parenting or 'just' parenting?*“ werden in einem Blogbeitrag der COFACE – Families Europe die Herausforderungen erörtert, die die Digitalisierung für Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder darstellt. Eltern müssten heutzutage darauf reagieren, dass durch den digitalen Wandel Kinder sehr früh mit bestimmten Inhalten konfrontiert sind, die nicht altersgerecht sind. Nicht alle herkömmlichen Erziehungsmethoden ließen sich auf die neuen Gegebenheiten übertragen, wie am Beispiel des Online-Mobbings deutlich wird.

➤ [Zum Blogbeitrag](#) 

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

---

### Europäische Kommission legt Arbeitsprogramm für 2017 vor

Die Europäische Kommission hat am 25. Oktober ihr Arbeitsprogramm für das kommende Jahr beschlossen. In Ausrichtung an den zehn politischen Prioritäten der Juncker-Kommission enthält es 21 Schlüsselinitiativen, die die Kommission im kommenden Jahr anstoßen wird. Der Großteil der Maßnahmen fällt in den wirtschaftspolitischen Bereich. Bezug zur Familien- und Sozialpolitik haben vor allem: Die Schaffung neuer Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen (insbesondere für junge Menschen), die Initiierung der Europäischen Säule der sozialen Rechte sowie die Weiterführung der Europäische Migrationsagenda.

Von Seiten europäischer Sozialverbände wird kritisiert, dass sich die EU-Agenda zu sehr um „Jobs, Wachstum, Investitionen“ drehe. Es mangle an der Einsicht, dass soziale Investitionen die Voraussetzung dafür seien, Ungleichheiten zu beseitigen und damit den europäischen Zusammenhalt sowie die wirtschaftliche Erholung Europas zu stärken. Zu begrüßen sei deshalb das Bekenntnis der EU-Kommission zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen.

### Europäisches Parlament: Ausschuss berät über EU-Gleichstellungsbericht

Die EU-Kommission veröffentlicht jährlich einen Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU. Auf seiner Sitzung am 10. und 11. Oktober hat der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments den diesjährigen Entwurf diskutiert. Der zuständige Berichterstatter erklärte sich besorgt, dass die EU auf dem Weg der Geschlechtergerechtigkeit auf halbem Wege steckengeblieben sei. Die Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten hätten sich

negativ auf diese Zielsetzung ausgewirkt. Der Bericht enthält deshalb Empfehlungen, wie sich Fortschritte in den Bereichen Frauenerwerbstätigkeit, Individualisierung sozialer Rechte, Schließung der Gehalts- und Rentenlücke, Teilhabe von Frauen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen erreichen ließen. Auf der gleichen Sitzung wurden neben anderen Gleichstellungsthemen auch der Parlamentsentwurf für eine Stellungnahme zur Europäischen Säule sozialer Rechte diskutiert sowie ein Berichtsentwurf zur Rentenlücke zwischen den Geschlechtern.

### Kommission zieht Dreijahresbilanz zur Europäischen Jugendgarantie

Rund neun Millionen junge Menschen haben seit 2013 ein Angebot der Europäischen Jugendgarantie, zumeist Stellenangebote, angenommen. Das geht aus der vorläufigen Bilanz hervor, die die EU-Kommission zur Jugendgarantie und zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen vorgelegt hat. In dem Bericht finden sich auch Schlussfolgerungen für die Verbesserung der nationalen Jugendgarantie-Programme. Die Jugendgarantie soll jungen Menschen längere Phasen der Beschäftigungslosigkeit ersparen. Ihr Ziel ist, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein Angebot – eine Arbeitsstelle, ein Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung – erhalten, das auf die persönliche Situation und die Bedürfnisse abgestimmt sein. Dabei sollen insbesondere Regionen unterstützt werden, in denen die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent liegt. Die vorgelegten Daten zeigen, dass die Jugendarbeitslosigkeit zwar nach wie vor in vielen Mitgliedstaaten ein gravierendes Problem ist, dass sich die Arbeitsmarktsituation junger Menschen in der EU aber seit 2013 insgesamt günstiger entwickelt hat als erwartet.

➤ [Zum Bericht](#) 

### Europäische Säule sozialer Rechte: Ausschuss der Regionen fordert Konvergenz auf hohem Niveau

Der Europäische Ausschuss der Regionen hat zur geplanten Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) Stellung genommen. Die Städte und Regionen Europas beteiligen sich damit an der öffentlichen Konsultation, die die Europäische Kommission eingeleitet hat, um den gegenwärtigen sozialen Besitzstand der EU zu beurteilen, und eine Reihe wesentlicher Grundsätze für gut funktionierende und gerechte Arbeitsmärkte und Sozialsysteme festzulegen. Eine tragfähige ESSR könne einen wichtigen Beitrag zur Koordinierung und Aufwärtskonvergenz sozialer Standards leisten sowie die demokratische Legitimierung der EU verbessern, heißt es in der Stellungnahme. Die Europäische Kommission wird deshalb darum ersucht, die Mitgliedstaaten bei ihren Anstrengungen zur Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme im Rahmen des Europäischen Semesters zu unterstützen. Darüber hinaus seien die Herausforderungen infolge der Veränderungen in der Arbeitswelt, einschließlich der verstärkten Digitalisierung, anzugehen und die Flexibilität von Arbeitsbedingungen genau zu definieren, um so ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit zu erreichen. Eine Maßnahme in diesem Zusammenhang könne sein, die Jugendgarantie bis zum Alter von 30 Jahren auszuweiten, um jungen Menschen ein Mindestmaß an sozialen, wirtschaftlichen und bildungsbezogenen Chancen zu garantieren.

### Arbeitslosigkeit in Europa auf dem niedrigsten Stand seit 2009

Die EU-Kommission hat den aktuellen Vierteljahresbericht zur Beschäftigung und sozialen Entwicklungen vorgelegt. Daraus geht hervor, dass in fast allen EU-Staaten die Beschäftigungsrate sowie die Anzahl von unbefristeten Stellen und Vollzeitjobs gestiegen sind. Die Arbeitslosigkeit ist mit 8,6 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit März 2009. Die Arbeitslosigkeit ging in 24 Mitgliedstaaten zurück, es bestehen jedoch

starke Unterschiede zwischen den EU-Ländern. So schwanken die Beschäftigungsraten zwischen 56 Prozent in Griechenland und 81 Prozent in Schweden.

Seit Einführung der Jugendgarantie und der Jugendbeschäftigungsinitiative 2013 ging die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen um 1,4 Millionen zurück. Auch in der Altersgruppe der 55 bis 64-jährigen stieg der Anteil der Beschäftigten: im ersten Quartal 2016 arbeiteten hier drei von vier Personen.

➤ [Zum Bericht](#) 

## EWSA fordert neue Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat in einer Stellungnahme gefordert, dass die EU ihre Politik für Menschen mit Behinderungen grundlegend umstrukturieren muss, um ihrer Verpflichtung, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, gerecht zu werden. Um die Rechte von Menschen mit Behinderungen durchgängig zu verankern, müsse die Kommission eine übergreifende und umfassende Bestandsaufnahme ihrer Rechtsvorschriften, politischen Maßnahmen und Programme vornehmen, um eine Anpassung an die Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention zu gewährleisten und die Vertreterorganisationen von Menschen mit Behinderungen aktiv in diesen Prozess einbinden.

➤ [Zur ausführlichen Stellungnahme](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Niederländische Kinderschutzorganisation formuliert Forderungen an Soziale Säule

Die niederländische Kinderschutzorganisation Defence for Children hat in Zusammenarbeit mit Save the Children vier Empfehlungen zur Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) verfasst und bei einer Veranstaltung Vertretern der niederländischen Regierung sowie der EU-Kommission vorgestellt. Diskussionsveranstaltungen sind Teil des umfassenden Konsultationsprozesses, den die EU-Kommission zur ESSR eingeleitet hat. Die vier Empfehlungen richten sich an dem Ziel aus, die Situation von Kindern in benachteiligten Familien zu verbessern. Erstens sei den Stimmen von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozessen Gehör zu verleihen. Zweitens müssten allen Kindern und Jugendlichen der Zugang zu sozialen Sicherungsleistungen gewährt werden. Drittens müsse die ESSR insbesondere Kinder mit erhöhtem Schutzbedarf berücksichtigen (beispielsweise geflüchtete Kinder oder Kinder mit Behinderungen). Viertens sei es grundsätzlich notwendig, strukturell in Kinder zu investieren.

### Keine Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen

Nach heftigen gesellschaftlichen Protesten hat am 6. Oktober das polnische Parlament eine Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen abgelehnt. Eine Bürgerinitiative, die die Unterstützung der Regierung gefunden hatte, wollte Abtreibungen außer bei Gefahr für das Leben der Frau verbieten lassen (vgl. EuropaNews [4/2016](#)). Schwangerschaftsabbrüche sollten demnach mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Bisher sind in Polen Schwangerschaftsabbrüche bei Missbildung oder unheilbarer Krankheit des Fötus, bei Gefahr für Leben oder Gesundheit der Frau sowie nach einer Vergewaltigung oder Inzest erlaubt. Die Debatte um das Vorhaben hatte Anfang Oktober auch das Europäische Parlament erreicht. Im Rahmen der Plenartagung am 5. Oktober wurden die Pläne der polnischen Regierung diskutiert und von zahlreichen Abgeordneten kritisiert. Jedoch verfügt die EU in diesem Bereich keine Kompetenzen, um in die Politik der Mitgliedstaaten einzugreifen.

## Italien: Gericht erkennt Zwei-Mütter-Familie an

Die Corte Suprema di Cassazione, das höchste Gericht Italiens, hat in einem Urteil eine spanische Geburtsurkunde anerkannt, auf der als Eltern zwei Mütter eingetragen sind. Die Mutter, die das Kind geboren hatte, ist spanische Staatsangehörige; die Mutter, von der die Eizelle stammte, ist Italienerin. Auch wenn diese Form der künstlichen Befruchtung in Italien nicht erlaubt sei, könne daraus nicht die Diskriminierung des Kindes in seinem Recht auf Anerkennung seiner Eltern folgen.

## Schweiz will Jugendmedienschutz ausweiten

Der schweizerische Bundesrat will Kinder und Jugendliche künftig besser vor ungeeigneten Medieninhalten schützen. Er hat das Eidgenössische Departement des Innern damit beauftragt, bis Ende 2017 ein Gesetz auszuarbeiten, das Alterskennzeichnungen und Abgabebeschränkungen für Videos und Computerspiele regeln soll. Die bisher bestehenden Regelungen seien lückenhaft. Deswegen müsse auf nationaler Ebene ein rechtlich verbindlicher Rahmen für die Regelungen der Branchen geschaffen werden. Der Bund übernehme dann steuernde und überwachende Funktionen, während die Branchenverbände und Kantone zuständig für die konkrete Umsetzung des Jugendmedienschutzes seien. Damit könne zeitnah auf sich verändernde Entwicklungen reagiert werden.

## Weitere Nachrichten

---

### Europäisches Netzwerk gegen Armut fordert soziale Kriterien für EU-Wachstum

In einem offenen Brief hat das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) die EU-Kommission aufgefordert, dem Jahreswachstumsberichts für das Jahr 2017 eine deutlich sozialere Ausrichtung zu verleihen als in den vergangenen Jahren. Der Jahreswachstumsbericht stellt den Auftakt für das Europäische Semester dar, dem EU-Mechanismus zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik, und soll im November veröffentlicht werden. Auf der Grundlage von Bewertungen seiner Mitgliedsorganisationen hat das Europäische Netzwerk gegen Armut Anfang Oktober eine ausführliche Stellungnahme zum Europäischen Semester 2016 vorgelegt. Darin finden sich drei Schlüsselforderungen an die Kommission: 1) eine transformative soziale und wirtschaftliche Agenda, 2) eine klare soziale Dimension: soziale Rechte, soziale Investitionen und soziale Standards, inklusive einer EU-Strategie gegen Armut, 3) klare Mechanismen, um eine effektive Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen zu gewährleisten.

- [Zum offenen Brief von EAPN](#)  

### Eurochild übergibt Empfehlungen an zukünftige maltesische Ratspräsidentschaft

Die europäische Kinderrechtsorganisation Eurochild hat für die zukünftige maltesische Ratspräsidentschaft (erstes Halbjahr 2017) politische Empfehlungen zusammengestellt, die das Wohlergehen und die Rechte von Kindern in der EU betreffen. Im September hatten sich Verbandsvertreter/innen mit dem maltesischen Minister für soziale Solidarität getroffen, um Kinderrechtsfragen zu diskutieren. Die dabei vorgelegten Empfehlungen kreisen um drei Schlüsselpunkte: 1) Priorität für Investitionen in Kindern auf der EU-Agenda, 2) Stärkung der sozialen Sicherungssysteme und sozialen Dienste und 3) Mainstreaming von Kinderrechten und Förderung von inklusiver Partizipation.

- [Zu den Empfehlungen](#)  

## Europarat: Erste Sitzung des Kinderrechtsausschusses

Ende September hat in Straßburg erstmalig der Ad Hoc-Ausschuss für die Rechte des Kindes getagt. Neben Repräsentanten aus den Europaratsmitgliedstaaten sowie von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen nahmen auch zwei Vertreterinnen der Vereinten Nationen an der Sitzung teil. Für die zukünftige Arbeit des Ausschusses wurden zwei Arbeitsgruppen gegründet, die sich zum einen mit dem Schutz von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und zum anderen mit dem Schutz von Kindern in digitalen Umgebungen beschäftigen werden. Die Einrichtung des Ausschusses geht auf die neue Kinderrechtsstrategie des Europarates (vgl. EuropaNews [3/2016](#)) zurück. Sie enthält fünf Prioritäten: 1) Gleiche Chancen für alle Kinder: Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, 2) Teilnahme aller Kinder an politischen Entscheidungsprozessen, 3) ein gewaltfreies Leben für alle Kinder, 4) kinderfreundliche Justiz und 5) Rechte des Kindes im digitalen Umfeld.

- [Mehr Informationen zum Kinderrechtsausschuss des Europarats](#) 

## Child Protection Index gibt Auskunft über Kinderrechte in Südosteuropa

Die Nichtregierungsorganisationen ChildPact und World Vision haben einen Index entwickelt, der über die Situation des Kinderschutzes in neun südosteuropäischen Ländern Auskunft gibt. Der „Child Protection Index“ basiert auf der UN-Kinderrechtskonvention basiert und bezieht 600 Indikatoren ein, um Gewalt gegen Kinder, Kinderhandel, Kinderarbeit, Diskriminierung und andere Kinderrechtsthemen abzubilden.

- [Zum Child Protection Index](#) 

## Weniger Arbeitszeit bedeutet nicht unbedingt mehr Vereinbarkeit

Zwei Wissenschaftler von der Universität Melbourne haben in einer vergleichenden Studie mit 32 Nationen herausgefunden, dass eine geringere Arbeitszeit nicht unbedingt zu einer besseren gefühlten Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben führt. Die meisten Probleme bei der Vereinbarkeit beklagten ausgerechnet Angestellte aus Ländern, wo vergleichsweise wenig gearbeitet wird. Dieser Zusammenhang zeigte sich unabhängig von den teils stark variierenden Rahmenbedingungen wie Elternzeitregelungen, Frauenerwerbsquote oder Einkommensstrukturen. Die Autoren erklären dies mit kulturellen Prägungen, z. B. einer gestiegenen Erwartung an eine möglichst gute Work-Life-Balance, gerade in den Ländern, in denen die gesetzliche Höchstarbeitszeit bereits sukzessive gesenkt wurde. Dies betreffe Länder wie Kanada, Dänemark, Schweden und insbesondere die Niederlande. Trotz einer durchschnittlichen Arbeitszeit von knapp 34 Stunden pro Woche, wünschen sich dort mit 45 Prozent relativ viele der Arbeitnehmer, weniger Zeit mit Erwerbstätigkeit und mehr mit ihrer Familie zu verbringen.

## Call for papers für Weltkonferenz der International Society of Family Law

Die Internationale Gesellschaft für Familienrecht richtet ihre 2017er Weltkonferenz in Amsterdam aus. Kürzlich ist der Call for papers erschienen, der Expert/innen aus den Bereichen Familienrecht und Sozialwissenschaft bis zum 15. Januar 2017 zur Einreichung von Tagungsbeiträgen auffordert. Die Beiträge sollen idealerweise den Zusammenhang von familienrechtlichen Bestimmungen und der Lebenswirklichkeit von Familien und ihren Bedürfnissen beleuchten. Dabei interessieren auch die Rollen der verschiedenen Familienmitglieder im Kontext des jeweiligen sozialen, kulturellen oder religiösen Settings.

- [Zum Call for papers](#)

## Intergenerationelles Lernen – TOY-Projekt erhält Auszeichnung

Das TOY-Projekt der International Child Development Initiatives hat den Preis der europäischen Plattform für Lebenslanges Lernen erhalten. TOY steht für *Together Learning Old and Young*. Das Projekt soll den Zusammenhalt zwischen den Generationen fördern. Zu diesem Zweck betreibt TOY zum einen Lobbyarbeit für mehr Zusammenarbeit von Alt und Jung im Bereich Lebenslanges Lernen. Zum anderen stellt es Informationen und Materialien zur praktischen Umsetzung zur Verfügung.

- [Zum TOY-Projekt](#)

## Berichte und Studien

---

### Eurofound-Studie zur Beschäftigungslücke zwischen den Geschlechtern

Eurofound hat einen Forschungsbericht zur sogenannten „Gender Employment Gap“ vorgelegt, der die Lücke zwischen den Beschäftigungsraten von Frauen und Männern. Zwar hat in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in der gesamten Europäischen Union zugelegt, doch immer noch stellen Frauen nur 46 Prozent der Erwerbstätigen. Diesen Anteil zu erhöhen, stellt u. a. ein Ziel der Europa 2020-Strategie dar. In allen Mitgliedstaaten sollen demgemäß mehr als 75 Prozent der Frauen in den Arbeitsmarkt integriert sein. Der Bericht beleuchtet einerseits die empirischen Daten zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, untersucht aber darüber hinaus auch, mit welchen politischen Maßnahmen die Beschäftigungslücke geschlossen werden kann.

- [Zur Studie](#)  

### Neue Veröffentlichungen des *familiesandsocieties*-Netzwerks

Im Forschungsnetzwerk *familiesandsocieties* sind neue Veröffentlichungen mit Bezug zu familienpolitischen Themen erschienen. Der Kategorie „Articles“ wurden sieben neue Beiträge hinzugefügt. Ein Artikel beschäftigt sich mit Vereinbarkeitsstrategien von Frauen in Ungarn, die das Haupteinkommen für ihre Familien verdienen. Zwei Artikel untersuchen die Auswirkung von Trennung der Eltern auf den Bildungserfolg des Kindes in verschiedenen europäischen Ländern. Zwei Artikel befassen sich mit der Situation von Familien in Rumänien und gehen zum einen der Frage nach, warum Frauen und Männern kinderlos bleiben und zum anderen, ob sich ein spezifisches rumänisches Familienmodell von Modellen in anderen europäischen Ländern abgrenzen lässt. Die Auswirkungen von frühkindlicher Bildung auf spätere Bildungserfolge am Beispiel Italiens stellen den Gegenstand von zwei weiteren Beiträgen dar.

- [Zu den Veröffentlichungen von \*familiesandsocieties\*](#) 

### Work-Life-Balance für pflegende Angehörige in Europa

Das bei der EU-Kommission angesiedelte Netzwerk für Sozialpolitik (ESPN) hat einen Synthesereport herausgebracht, der sich mit den Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege beschäftigt. Er führt 35 Einzelberichte aus europäischen Staaten zusammen und erlaubt einen Überblick über die Möglichkeiten, Pflegeauszeiten zu nehmen oder finanzielle Unterstützung zu erhalten.

- [Zum Bericht](#)

## Bericht zu Unterstützungsleistungen für die häusliche Pflege in EU-Mitgliedstaaten

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa hat eine ausführliche Übersicht zusammengestellt, welche Unterstützungsleistungen im Bereich häuslicher Pflege in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfügbar sind. Die Übersicht stellt dar, welche Formen einer längerfristigen Freistellung für die häusliche Pflege von Angehörigen in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten bestehen und ob es für die Phase der Pflege eine finanzielle Leistung für die pflegende Person gibt.

- [Zum Übersichtsbericht](#) 

## OECD-Bericht „Society at a Glance 2016“ – Fokus auf junge Erwachsene

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 05. Oktober ihre zweijährlich erscheinende Studie „Society at a Glance“ veröffentlicht, die einen Überblick über die aktuellen sozialen Trends in den 35 OECD-Staaten sowie in ausgewählten Partnerländern bietet. Im Mittelpunkt der aktuellen Ausgabe stehen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die sich nicht in Schule, Ausbildung oder Erwerbstätigkeit befinden (NEETs). Im Jahr 2015 seien 15 Prozent der jungen OECD-Bevölkerung NEETS gewesen. Stellen- und Einkommensunsicherheit könne junge Menschen daran hindern, andere traditionelle Wegmarken des Erwachsenwerdens zu erreichen, was zu Enttäuschung und Entmutigung führe. Sie könne auch schwerwiegende langfristige Auswirkungen auf die Gesundheit, das Partnerschafts- und Familienverhalten oder das soziale Verhalten haben und letztlich den sozialen Zusammenhalt gefährden.

- [Zum Bericht](#) 

## Bericht über fiskalische Nachhaltigkeit von Gesundheitssystemen in der EU

Die Europäische Kommission und der Think Tank European Policy Committee (EPC) haben einen gemeinsamen Bericht zu den politischen und fiskalischen Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung und die Langzeitpflege in der EU vorgelegt. Er beleuchtet die Möglichkeiten, einen fiskalisch nachhaltigen Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen für alle Bürger/innen zu gewährleisten. Dabei werden auch erfolgreiche Strukturreformen zum Beispiel in Portugal, den Niederlanden, Frankreich, Spanien und Schweden diskutiert.

- [Zum Bericht](#) 

## FRA-Handbuch zu den europarechtlichen Grundlagen im Bereich der Rechte des Kindes

Die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) hat im vergangenen Jahr ein Handbuch zum europäischen Recht mit Bezug zu Kindern veröffentlicht. Dieses Handbuch liegt neben der englischen und der französischen Ausgabe nun auch in anderen europäischen Sprachen vor, darunter deutsch, und ist auf der Internetpräsenz der FRA als pdf-Dokument verfügbar.

- [Zum Handbuch](#)

## EU-Jahresbericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Einkommen

Der kürzlich für das Jahr 2016 erschienene Bericht „Labour Market and Wage Developments in Europe“ analysiert die Entwicklungen den europäischen Arbeitsmarkt aus einer makroökonomischen Perspektive. Er analysiert Daten zu Beschäftigung und Einkommen und blickt dabei auf den Euro-Raum und die EU als Ganzes, auch im Vergleich mit deren internationalen Handelspartnern. Die Analyse zeigt, dass in den Jahren



2015 und 2016 ein Jobwachstum stattgefunden hat und erklärt auch, warum sich die Lage verbessert hat. Behandelt wird auch das Thema Mindesteinkommen und die Mindesteinkommensregelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten.

➤ [Zum Bericht](#)

### Tagungsbericht zur European Population Conference

Vom 31. August bis zum 3. September 2016 fand in Mainz die 13. Europäische Bevölkerungskonferenz statt, an der 900 Wissenschaftler/innen aus Europa teilnahmen. Die Themenpalette reichte von Aspekten der Geburtenentwicklung in Europa bis hin zu den Ursachen von Migrationsbewegungen und methodischen Fragen der Mortalitätsforschung. Der aktuelle Newsletter des Deutschen Instituts für Bevölkerungsforschung widmet sich der Berichterstattung dieser Großveranstaltung und enthält Berichte zur Tagung, Hintergrundinformationen sowie Aufsätze mit europäischer Perspektive zu den Themen Fertilität und Familie, politische Implikationen des demografischen Wandels, internationale Migration sowie Alterung der Gesellschaften.

➤ [Zum Tagungsbericht](#) 

### Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
03.-04. Nov. 2016 Tallin, Estland	<a href="#">Conference on Children's Rights in the Migration Crisis and in the Digital Environment</a>	Europäische Kommission, Europarat
04. Nov. 2016 Luxemburg, Luxemburg	<a href="#">Recent developments in the coordination of family benefits, unemployment benefits and student aid</a>	FreSsco Network
07.-08. Nov. 2016 Berlin, Deutschland	<a href="#">The impact of digitalisation on 21st century families - what role for Europe?</a>	COFACE – FAMILIES EUROPE, AGF
08. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">How to empower parents for a better Quality of Childhood? Lessons from the EU Research Project INCLUD-ED</a>	Europäisches Parlament (QoC)
08.-09. Nov. 2016 Paris, Frankreich	<a href="#">Children's Rights in Alternative Care: Walk the Talk!</a>	SOS Kinderdörfer, Europarat, Eurochild
08.-09. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">Gender Summit 9 Europe</a>	Gender Summit
15.-16. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">The future of work we want</a>	EWSA, ILO
16. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">Impact of the economic crisis on youth – the Youth Guarantee a new approach to tackling youth unemployment</a>	solidar
16. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">Ending violence against women in the EU: The Istanbul Convention and beyond</a>	Gender5Plus

16. Nov. 2016 Berlin, Deutschland	<a href="#">Kinderarmut in Europa?</a>	Landesvertretung NRW
17. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">Changing working conditions in Europe: Moving towards better work</a>	Eurofound
18. Nov. 2016 europaweit	<a href="#">European Day on the Protection of Children against Sexual Exploitation and Sexual Abuse</a>	Europarat
21. Nov. 2016	<a href="#">Working life – Carer’s life – Tackling the Gender Pay Gap</a>	European Association for the defense of Human Rights
29.-30. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">European Day of Persons with Disabilities Conference</a>	EU-Kommission, European Disability Forum
30. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">The European Pillar of Social Rights: perspectives for social security – ESIP 20th Anniversary Conference</a>	European Social Insurance Platform (ESIP)
06. Dez. 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">European pillar of social rights – Achieving upward social convergence with a rights-based approach?</a>	solidar
04.-07. Juni 2017 Dublin, Irland	<a href="#">World Congress on Family Law and Children’s Rights</a>	University of Cork
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	<a href="#">Family Law and Family Realities – ISFL World Conference</a>	International Society for Family Law (ISFL)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30-2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

